Bundesministerium
Inneres

Sicherheitsakademie

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis

Hartleb, Florian

Terrorismus in Europa: 60 Trends

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (4/2025), 56-68.

doi: 10.7396/2025_4_F

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Hartleb, Florian (2025). Terrorismus in Europa: 60 Trends, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (4), 56-68, Online: https://dx.doi.org/10.7396/2025_4_F.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag Österreich, 2025

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag Österreich (https://www.verlagoesterreich.at/) erschienen.

Online publiziert: 12/2025

Terrorismus in Europa: 60 Trends

FLORIAN HARTLEB,
ass. Professor an der Modul Universität Wien für internationale Beziehungen.

Der Text analysiert Terrorismus in Europa als ein vielgestaltiges, dynamisches Phänomen und identifiziert 60 zentrale Trends, die ideologische, technologische, organisatorische und gesellschaftliche Entwicklungen abbilden. Terroristische Gewalt wird nicht mehr nur durch klassische Gruppenstrukturen getragen, sondern zunehmend durch hybride Netzwerke, Einzeltäter und digitalisierte Radikalisierungsprozesse. Die Untersuchung beleuchtet islamistische, rechtsextreme und verschwörungsideologische Strömungen gleichermaßen und zeigt auf, wie neue Formen der Gewaltästhetik, narrative Kriegsführung und Gamification die Sicherheitslage verändern. Neben technologischen Bedrohungen wie Cyberterrorismus oder KI-Missbrauch werden auch gesellschaftliche Faktoren wie Antisemitismus, Verschwörungserzählungen, die Rolle extremistischer Influencer und die zunehmende Polarisierung thematisiert. Drei Zukunftsszenarien skizzieren mögliche Entwicklungen bis 2040. Das Fazit betont die Notwendigkeit einer strategischen, vorausschauenden und demokratisch verankerten Terrorismusbekämpfung, die nicht allein auf Repression, sondern auf Resilienz, politische Bildung und gesellschaftliche Teilhabe setzt. Der Text versteht Terrorismus als Prüfstein für die wehrhafte Demokratie und fordert ein umfassendes sicherheitspolitisches und gesellschaftliches Umdenken – auf nationaler wie europäischer Ebene.

FALLAUSWAHL

Die Wahl von „60 Trends im Terrorismus“ dient dazu, die enorme Komplexität und Vielschichtigkeit terroristischer Entwicklungen systematisch abzubilden. Terrorismus ist kein einheitliches Phänomen, sondern ein dynamisches Feld mit religiösen, politischen, ideologischen, digitalen und kulturellen Ausprägungen (vgl. Dietze/Verhoeven 2022). Eine solche Gliederung erlaubt es, unterschiedliche Dimensionen – etwa neue Taktiken, Formen der Radikalisierung, internationale Netzwerke oder ideologische Narrative – analytisch zu erfassen und vergleichbar zu machen. Die Zahl 60 steht dabei sinnbildlich für Breite ohne Beliebigkeit: Sie bietet genug Raum für Differenzierung, ohne die Übersicht zu verlieren. Darüber hinaus ist ein umfangreicher Trendüberblick besonders relevant für Forschung, Sicherheitspolitik und Prävention. Die Welt des Terrorismus verändert sich durch Technologie, Popkultur, Online-Radikalisierung und hybride Akteure rapide. Eine fein strukturierte Trendanalyse ermöglicht es, Risiken frühzeitig zu erkennen, präventive Maßnahmen gezielter zu entwickeln und internationale Entwicklungen einzuordnen. 60 Trends markieren daher nicht nur ana-

lytische Tiefe, sondern bieten auch strategische Orientierung in einem zunehmend unübersichtlichen sicherheitspolitischen Umfeld.

Die Themen wirken modular zusammengestellt, wodurch es zu inhaltlichen Überschneidungen kommt (z.B. bei internationaler Kooperation, digitaler Kommunikation oder der Bedrohung öffentlicher Personen). Diese Redundanzen können einerseits als Schwäche einer fehlenden Gliederung interpretiert werden, andererseits spiegeln sie die Vielschichtigkeit und Verschränkung zentraler Entwicklungen im Bereich Terrorismus wider. Eine mögliche Weiterentwicklung bestünde in der Clusterung der Trends zu thematischen Hauptfeldern sowie einer klaren Differenzierung nach Relevanz, Zukunftswirkung und Dringlichkeit.

RELEVANZ DES THEMAS

Terrorismus ist ein Phänomen in ständiger Bewegung – ideologisch, organisatorisch und technologisch (vgl. Chenoweth et al. 2019). Was heute als Randerscheinung gilt, kann morgen zur sicherheitspolitischen Kernherausforderung werden. In dieser Dynamik liegt der besondere Wert von Trendanalysen. Sie ermöglichen es, langfristige Entwicklungen, aufkommende Bedrohungsmuster und verschobene Ziel setzungen terroristischer Akteure frühzeitig zu erkennen. Für Europa, das sich als Raum offener Gesellschaften und gemeinsamer Sicherheit versteht, sind solche Analysen nicht nur ein Werkzeug der Gefahrenprognose – sie sind ein strategisches Frühwarnsystem. Sie unterstützen evidenzbasiertes Handeln, verhindern reaktive Übersteuerung und stärken die Resilienz demokratischer Systeme gegenüber Extremismus. In einer Zeit wachsender Unsicherheit gilt: Wer Entwicklungen nicht antizipiert, wird von ihnen überrollt. Dafür sorgen die folgenden sieben Aspekte:

1. POLITISCHE STABILITÄT UND SICHERHEIT IM FOKUS

Terrorismus stellt eine unmittelbare Bedrohung für die demokratische Ordnung, die öffentliche Sicherheit und das gesellschaftliche Vertrauen in staatliche Institutionen dar. Angriffe auf zivile Ziele oder symbolträchtige Orte zielen bewusst darauf ab, Angst zu erzeugen, soziale Spaltungen zu vertiefen und staatliche Handlungsfähigkeit infrage zu stellen. Die kontinuierliche Präsenz extremistischer Gewalt – ob islamistisch, rechtsextrem oder ideologisch hybrid – zeigt, dass Terrorismus keine Randerscheinung ist, sondern eine reale Herausforderung für die politische Stabilität europäischer Gesellschaften (vgl. Benz 2000).

2. RADIKALISIERUNG ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNG

Die Prozesse, die zu terroristischen Akten führen, wurzeln oft in langfristigen gesellschaftlichen Dynamiken: Polarisierung, soziale Exklusion, Identitätskrisen oder ein wachsendes Misstrauen gegenüber Institutionen (vgl. Hartleb 2024a). Terrorismus ist daher nicht nur ein sicherheitspolitisches Phänomen, sondern auch ein Indikator für soziale Spannungen und Demokratiedefizite. Seine Analyse erlaubt Rückschlüsse auf die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften – und auf Versäumnisse in Prävention, Bildung und Integration.

3. ZUKUNFTSRELEVANZ DURCH TECHNOLOGISCHE UND GEOPOLITISCHE DYNAMIKEN

Mit der fortschreitenden Digitalisierung, globalen Krisen und geopolitischen Spannungen verändern sich auch Form, Akteure und Reichweite terroristischer Bedrohungen (vgl. Masala 2022). Cyberterrorismus, hybride Akteursnetzwerke

und narrative Kriegsführung erfordern neue Denkweisen in Forschung, Politik und Sicherheitsarchitektur. Die Auseinandersetzung mit Terrorismus ist somit kein abgeschlossenes Feld, sondern eine dauerhafte, dynamische Aufgabe mit hohem strategischen Gewicht für die Zukunft Europas.

4. DEMOKRATISCHE WEHRHAFTIGKEIT UNTER DRUCK

Terrorismus testet die Fähigkeit demokratischer Systeme, freiheitliche Prinzipien mit effektiver Gefahrenabwehr zu verbinden. Jeder Anschlag wirft auch in der Kommunikation die Frage auf, wie viel Sicherheit durch Kontrolle legitim ist – und wo der Punkt erreicht ist, an dem Grundrechte ausgehöhlt werden. Die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Terrorismus berührt damit zentrale Fragen des Verfassungsstaats, etwa jene, wie wir die offene Gesellschaft schützen, ohne sie zu verraten. Diese Gratwanderung macht das Thema nicht nur sicherheits-, sondern auch verfassungspolitisch hochrelevant.

5. EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT UND INSTITUTIONELLE RESILIENZ

Terrorismus kennt keine Grenzen; seine Bekämpfung erfordert daher eine enge europäische Zusammenarbeit in Justiz, Nachrichtendiensten und Prävention. Die Relevanz des Themas liegt auch darin, wie es europäische Institutionen belastet, stärkt oder transformiert. Gemeinsame Datenbanken, Anti-Terror-Kooperationen und der Schutz des Schengen-Raums zeigen, dass Terrorismus nicht nur eine nationale, sondern eine strukturell europäische Herausforderung ist. Seine Bewältigung entscheidet mit über das Vertrauen in ein handlungsfähiges Europa (vgl. Europol 2023).

6. GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT ALS STRATEGISCHES ZIEL

Terrorismus zielt nicht nur auf Menschenleben, sondern auf das gesellschaftliche Gefüge selbst. Er nutzt vorhandene Brüche – ethnisch, religiös, sozial – und versucht, diese zu vertiefen, um Misstrauen, Ressentiments und Polarisierung zu verstärken. In dieser Hinsicht ist der Kampf gegen Terrorismus auch ein Kampf um sozialen Zusammenhalt und gemeinsame Werte. Die Resilienz einer Gesellschaft bemisst sich nicht allein an ihrer Sicherheitstechnik, sondern an ihrer Fähigkeit, auf Spaltung nicht mit Hass, sondern mit Solidarität zu reagieren. Das macht den gesellschaftspolitischen Aspekt des Themas hochrelevant.

7. FRÜHWARNSYSTEM FÜR POLITISCHE FEHLENTWICKLUNGEN

Terroristische Radikalisierung ist oft ein Spätprodukt politischer oder gesellschaftlicher Fehlentwicklungen: Marginalisierung, Vertrauensverlust in Institutionen, verrohte Debattenräume oder versäumte Integration. In diesem Sinne fungiert das Phänomen auch als Indikator, als „Seismograph“ für strukturelle Spannungen innerhalb eines Staates. Die Auseinandersetzung mit Terrorismus zwingt dazu, blinde Flecken in Sicherheits-, Sozial- und Bildungspolitik offenzulegen. Seine Analyse ist daher nicht nur reaktiv, sondern ein aktives Element politischer Früherkennung.

60 TRENDS

Aus diesen Faktoren lassen sich 60 Trends identifizieren (zur Methode Strategic Foresight vgl. Stockhammer 2024):

1. Der Terrorismus in Europa hat sich von organisierten Gruppierungen zu dezentralen Einzeltäter-Strukturen entwickelt,

was ihn schwerer vorhersehbar macht (vgl. Hartleb 2023). Klassische Raster greifen nicht mehr, da sich die Täter ideologisch flexibel bewegen. Sicherheitsdienste stehen vor der Herausforderung, diese neue Form der Bedrohung frühzeitig zu erkennen. Oftmals fehlt es an Vorwarnzeichen. Die Täter handeln spontan, aber mit klarer ideologischer Motivation. Der gesellschaftliche Umgang mit dieser Unsicherheit bleibt eine offene Frage.

2. Islamistisch motivierte Gewalt ist nach wie vor eine der Hauptgefahren in Europa (vgl. Neumann 2024). Trotz eines Rückgangs der Anschläge ist die ideologische Basis weiterhin intakt. Digitale Plattformen dienen der Propaganda und Rekrutierung. Besonders problematisch ist die Rolle von „Lone Actors", die unabhängig agieren (vgl. Hartleb 2023). Die Zahl der vereitelten Anschläge zeigt, dass die Bedrohung real bleibt. Eine ganzheitliche Präventionsstrategie ist daher essenziell.

3. Rechtsextremismus hat sich in mehreren EU-Staaten von einer Randerscheinung zu einem gewaltbereiten Akteur entwickelt (vgl. Neumann 2023). Immer häufiger richtet sich rechte Gewalt gegen Minderheiten, Politiker oder Journalisten. Die Täter sind häufig in Online-Netzwerken verankert. Die Terroristen von Christchurch, Halle oder Buffalo werden als Vorbilder glorifiziert. Rechtsextreme Narrative haben sich auch in Mainstream-Diskurse eingeschlichen. Die Herausforderung liegt in der politischen und gesellschaftlichen Abgrenzung.

4. Hybride Ideologien erschweren die Einordnung extremistischer Täter. Sie kombinieren Elemente aus religiösem Fundamentalismus, Rassismus, Verschwörungsideologien und Anti-Elitismus. Diese Patchwork-Radikalisierung verläuft schnell und unauffällig. Klassische Kategorisierungen in „rechts", „links" oder „religiös" reichen nicht mehr aus. Sicherheitsbehörden müssen neue Analyse-Tools entwickeln. Die Komplexität solcher Ideologien stellt auch die Wissenschaft vor Herausforderungen.

5. In den letzten Jahren lässt sich europaweit ein besorgniserregender Anstieg antisemitisch motivierter Gewalttaten feststellen – zunehmend mit terroristischem Charakter. Während er historisch tief in rechtsextremen Ideologien verankert ist, dient der Antisemitismus heute als ideologische Brücke zwischen unterschiedlichen extremistischen Milieus: von Islamismus über Rechtsextremismus bis hin zu verschwörungsgläubigen „Anti-Eliten"-Bewegungen, oft verbunden mit der Absicht, mediale Schockwirkung und Nachahmungseffekte zu erzeugen. Die zunehmende Verbreitung antisemitischer Inhalte in sozialen Netzwerken, verbunden mit Verschwörungstheorien („Globalisten", „Finanzeliten"), wirkt als Radikalisierungsbeschleuniger. Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Beobachtungsstellen registrieren eine ideologische Verschiebung: Antisemitismus fungiert nicht nur als Ressentiment, sondern immer häufiger als Auslöser und Rechtfertigung terroristischer Gewalt (vgl. Gustenau/Hartleb 2024).

6. Jugendliche radikalisieren sich zunehmend online. Soziale Netzwerke wie TikTok, Telegram oder Discord bieten einfachen Zugang zu extremistischer Propaganda. Viele Jugendliche sind auf der Suche nach Zugehörigkeit und Identität. Extremisten nutzen diese Unsicherheit gezielt aus. Die Radikalisierung verläuft dabei oft schneller als bei Erwachsenen. Frühzeitige Medienbildung und Präventionsarbeit sind entscheidend (vgl. Hartleb 2025).

7. Cyberterrorismus ist ein wachsendes Risiko für europäische Staaten. Angriffe auf digitale Infrastrukturen könnten ganze Systeme lahmlegen (vgl. Whiting et al.

2022). Neben technischen Angriffen wird auch gezielte Desinformation genutzt. Extremisten verbreiten Verschwörungstheorien und hetzen gegen demokratische Institutionen. Das Vertrauen in Medien und Politik wird so untergraben. Cyberabwehr ist damit zur gesamtstaatlichen Aufgabe geworden.

8. Die Inszenierung terroristischer Taten als „Spiel" – auch bekannt als Gamification – ist besonders unter jungen Tätern verbreitet. Anschläge werden live gestreamt oder mit Punktesystemen versehen. Täter wie in Christchurch haben bewusst Gaming-Ästhetik verwendet (vgl. Puls 2023). Diese Form der Gewaltästhetik normalisiert extreme Taten. Jugendliche fühlen sich angesprochen und zur Nachahmung ermutigt. Medienkompetenz ist ein Schlüssel zur Prävention.

9. Die Algorithmen sozialer Medien verstärken die Bildung ideologischer Echokammern. Extremistische Inhalte verbreiten sich besonders gut, weil sie emotionalisieren. Plattformen profitieren von dieser Interaktion. Täter radikalisieren sich in isolierten Foren, die staatlich kaum kontrollierbar sind. Die Grenze zwischen Meinung und Aufruf zur Gewalt verschwimmt. Regulierungsmaßnahmen sind dringend notwendig (vgl. Ebner 2019).

10. Einfache Mittel wie Messer oder Autos sind für Terroranschläge ausreichend geworden. Diese „Low-Tech"-Attentate sind schwer vorhersehbar. Sie benötigen kaum Planung oder Ressourcen. Gleichzeitig erzeugen sie maximale Angst und mediale Aufmerksamkeit. Sicherheitskräfte haben wenig Vorlaufzeit. Das erschwert präventive Maßnahmen.

11. Rückkehrende Kämpfer aus Syrien und dem Irak stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Viele verfügen über Kampferfahrung und ideologische Schulung. Ihre Überwachung ist aufwendig und rechtlich schwierig. Reintegrationsmaßnahmen sind nicht immer erfolgreich. Inhaftierungen bergen das Risiko weiterer Radikalisierung. Ein europäischer Umgang damit steht noch aus.

12. Extremistische Gruppen nutzen internationale Ereignisse strategisch aus. Konflikte im Nahen Osten oder soziale Krisen in Europa dienen als Legitimation für Gewalt. Täter verweisen auf „ungerechte Zustände" und inszenieren sich als Widerstandskämpfer. Diese Täter sprechen gezielt emotionalisierte Themen an. Ihre Narrative sind darauf ausgelegt, Anhänger zu mobilisieren. Das macht sie besonders gefährlich.

13. In vielen Fällen erfolgt die Radikalisierung schleichend (vgl. Hartleb 2024a). Der Einstieg beginnt oft mit Unzufriedenheit oder Misstrauen gegenüber Institutionen. Daraus kann sich ein geschlossenes Weltbild entwickeln. Soziale Isolation und Echokammern fördern diese Entwicklung. Angehörige erkennen die Radikalisierung oft zu spät. Frühintervention ist entscheidend.

14. Extremistische Influencer spielen eine wachsende Rolle. Sie erreichen über YouTube, Telegram oder Podcasts tausende Menschen. Ihre Botschaften sind professionell aufbereitet und emotionalisiert. Sie stilisieren sich als „alternative Aufklärer". Diese Form der Radikalisierung ist besonders schwer zu bekämpfen. Plattformen müssen stärker in die Verantwortung genommen werden (vgl. Ebner 2019).

15. Der Begriff „Stochastischer Terrorismus" beschreibt, wie Hetze im öffentlichen Raum Einzeltäter zur Tat inspiriert. Dabei erfolgt kein direkter Aufruf zur Gewalt. Vielmehr wird ein Klima geschaffen, in dem Gewalt als legitim erscheint. Diese Strategie ist schwer nachweisbar. Trotzdem ist sie effektiv. Rechtspopulistische Rhetorik kann so indirekt Gewalt fördern (vgl. Schwarz 2024).

16. Die Pandemie hat bestehende Radikalisierungstendenzen verstärkt. Miss-

trauen gegenüber dem Staat nahm zu (vgl. Hartleb et al. 2023). Proteste wurden teilweise von Extremisten unterwandert. Verschwörungserzählungen fanden neue Anhänger. Die Polarisierung der Gesellschaft wurde befeuert. Diese Dynamik wirkt bis heute nach.

17. Auch ökologisch motivierter Extremismus gewinnt an Bedeutung. Einzelne Gruppen rechtfertigen Sabotageakte mit Klimaschutz. Die Grenze zwischen zivilem Ungehorsam und Gewalt verschwimmt. Sicherheitsdienste beobachten diese Entwicklung genau. Bisher sind Gewalttaten selten, aber der Ton wird rauer. Die Gefahr einer Radikalisierung innerhalb der Umweltbewegung besteht (vgl. Baron 2024).

18. Extremistische Gruppen nutzen zunehmend neue Plattformen. Neben den bekannten Netzwerken entstehen abgeschottete Räume. Diese sind schwer zu überwachen. Die Kommunikation ist verschlüsselt und anonym. Radikalisierung erfolgt in geschlossenen Communities. Der Zugang für Ermittlungsbehörden ist stark begrenzt (vgl. Ebner 2019).

19. Rechtsextreme Gruppierungen agieren international vernetzt. Sie tauschen Propaganda, Strategien und Unterstützer online aus. Attentäter übernehmen Inhalte voneinander (vgl. Virchow 2023). Die Symbolik ist global erkennbar. Das Phänomen ist kein nationales, sondern ein transnationales Problem. Internationale Kooperation ist unerlässlich.

20. In ihren Manifesten fallen häufig Begriffe, Argumente und Symbole anderer Attentäter. Der Attentäter von Halle etwa bezog sich direkt auf Christchurch. Diese ideologischen Referenzen schaffen ein virtuelles Netzwerk. Es entsteht eine Art „terroristische Tradition“. Die Manifeste dienen nicht nur der Erklärung, sondern auch der Mobilisierung. Ihre Wirkung reicht weit über die eigentliche Tat hinaus (vgl. Hartleb 2020).

21. Rechtsterrorismus zielt zunehmend auf staatliche Institutionen. Polizisten, Politiker oder Journalisten werden als Feindbild markiert (vgl. Rensmann 2023). Die Legitimität des Staates wird grundsätzlich infrage gestellt. Es geht nicht mehr nur um Migranten oder Minderheiten. Vielmehr steht das demokratische System selbst im Visier. Diese Entwicklung ist besonders besorgniserregend.

22. Neue rechtsextreme Akteure inszenieren sich betont modern. Sie nutzen Humor, Popkultur und Influencer-Ästhetik. So erreichen sie ein junges Publikum. Die Radikalisierung erfolgt subtiler. Die klare Abgrenzung zu harmlosen Subkulturen fällt schwer. Es entsteht eine gefährliche Grauzone (vgl. Puls 2023).

23. In der Öffentlichkeit wird Extremismus oft als Randphänomen betrachtet. Doch Studien zeigen, dass viele radikale Haltungen auch in der Mitte der Gesellschaft existieren (vgl. Frankenberg/Heitmeyer 2022). Vorurteile, Misstrauen und Wut sind weit verbreitet. Extremisten greifen diese Stimmungen auf. Sie präsentieren sich als Sprachrohr der „normalen Bürger“. Das macht sie besonders anschlussfähig.

24. Frauen spielen eine wachsende Rolle im Extremismus. Während früher Männer dominierten, sind heute vermehrt weibliche Täter und Unterstützer aktiv (siehe etwa den nationalsozialistischen Untergrund und die Rolle von Beate Zschäpe). Sie übernehmen ideologische und organisatorische Aufgaben. In rechtsextremen Szenen gibt es spezielle Frauen-Netzwerke. Ihre Rolle wurde lange unterschätzt. Die Forschung muss sich stärker mit dieser Dynamik befassen.

25. Terroristische Gruppen professionalisieren ihre Kommunikationsstrategien (vgl. Hartleb 2024b). Sie analysieren Medienwirkung und passen ihre Inhalte an. Gezielte Desinformation ist Teil der

Strategie. Die Grenzen zwischen Journalismus und Propaganda verschwimmen. Besonders im Netz entsteht eine alternative Informationslandschaft. Diese ist oft undurchschaubar und radikalisiert Nutzer.

26. Extremistische Narrative greifen gesellschaftliche Krisen auf. Migration, Inflation oder politische Skandale werden instrumentalisiert. Dadurch wirken sie aktuell und glaubwürdig. Fakten spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Es geht um Emotionen, nicht um Argumente. Diese Erzählungen sind oft immun gegen Widerspruch (vgl. Brodnig 2017).

27. Der internationale Terrorismus bleibt auch für Europa relevant. Gruppen wie Al-Qaida oder der IS existieren weiterhin. Sie operieren vor allem in instabilen Regionen. Dennoch haben sie Einfluss auf Radikalisierte in Europa. Die Ideologie wirkt über Grenzen hinweg. Digitale Medien verstärken diesen Effekt.

28. Neue Technologien verändern den Terrorismus. Künstliche Intelligenz, Drohnen oder verschlüsselte Kommunikation eröffnen neue Möglichkeiten. Gleichzeitig entstehen neue Angriffsflächen. Kritische Infrastrukturen sind gefährdet. Sicherheitsbehörden müssen technologisch aufrüsten. Die Entwicklung bleibt dynamisch.

29. Der Trend zur Individualisierung von Gewalt hält an. Täter handeln zunehmend ohne organisatorischen Hintergrund. Das macht sie schwerer zu erfassen. Gleichzeitig radikalisieren sie sich online in Echtzeit. Die Distanz zwischen Radikalisierung und Tat wird kürzer. Früherkennung wird zur Herausforderung.

30. In vielen Fällen fehlen Ausstiegsperspektiven. Radikalisierte finden keine Möglichkeit zur Rückkehr. Sie fühlen sich vom System ausgeschlossen. Programme zur Deradikalisierung sind oft unzureichend. Vertrauen aufzubauen braucht Zeit und Ressourcen. Der Bedarf an psychosozialer Arbeit wächst.

31. Extremismus beeinflusst das politische Klima. Debatten werden aggressiver und polarisierter. Radikale Positionen verschieben den Diskurs. Demokratische Parteien reagieren mit Zuspitzung. Das politische Zentrum wird geschwächt. Langfristig gefährdet das die Stabilität.

32. Verschwörungsideologien wie QAnon oder „Der große Austausch“ wirken wie Katalysatoren (vgl. Schiebel 2024). Sie liefern einfache Erklärungen für komplexe Probleme. Gleichzeitig delegitimieren sie Wissenschaft, Medien und Politik. Die Grenze zur Gewaltbereitschaft ist fließend. Viele Attentäter glaubten an solche Erzählungen. Aufklärung ist daher zentral.

33. Extremistische Gruppierungen experimentieren mit neuen Formen. Einige treten als scheinbar unpolitische Bewegungen auf. Sie tarnen sich als Bürgerinitiativen, Vereine oder Parteien. Dadurch umgehen sie Beobachtung und Kontrolle. Ihre Inhalte bleiben radikal. Die Strategie erschwert die Abgrenzung.

34. Der ländliche Raum ist zunehmend betroffen. Dort finden Extremisten Rückzugsräume. Die soziale Kontrolle ist geringer. Gleichzeitig ist das Misstrauen gegenüber „der Politik“ oft größer. Rechtsextreme Milieus können sich dort stabilisieren. Prävention muss auch auf dem Land stattfinden.

35. Die Zahl der gemeldeten Hassdelikte steigt (vgl. Europol 2023). Viele Taten geschehen online. Die Übergänge zur physischen Gewalt sind fließend. Hetze normalisiert sich. Betroffene fühlen sich oft allein. Der Rechtsstaat muss klar dagegen vorgehen.

36. In Gefängnissen kommt es häufig zu Radikalisierung. Extremisten rekrutieren gezielt inhaftierte Personen. Der Zugang zu ideologischem Material ist begrenzt kontrollierbar. Personal ist oft überfordert. Resozialisierung gerät in den Hintergrund. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

37. Europäische Staaten arbeiten enger zusammen. Datenbanken und Analysesysteme werden vernetzt. Gemeinsame Übungen und Strategien sollen Synergien schaffen. Dennoch gibt es Unterschiede in Gesetzgebung und Praxis. Eine Harmonisierung ist langfristig sinnvoll. Der Schutz gemeinsamer Werte steht im Fokus.

38. Prävention gewinnt an Bedeutung. Schulen, Familien und Kommunen sollen eingebunden werden, gerade auch mit Blick auf die Gamifizierung des Terrors (vgl. Gamisch/Hartleb 2023). Frühwarnsysteme erkennen gefährdete Personen. Zivilgesellschaftliche Akteure spielen eine wichtige Rolle. Radikalisierung ist ein soziales Phänomen. Nur gemeinsam lässt sie sich aufhalten.

39. Die Polizei setzt zunehmend auf Dialogformate. Vertrauen in die Behörden ist zentral. Besonders in migrantischen Communities bestehen Vorbehalte. Prävention gelingt nur mit Offenheit. Schulungen und interkulturelle Kompetenz sind erforderlich. Repression allein reicht nicht.

40. Islamfeindlichkeit wird verstärkt als Mobilisierungsfaktor genutzt. Rechte Gruppen schüren gezielt Ängste. Dabei greifen sie auf reale Probleme zurück, überzeichnen diese aber stark. Die Folge sind Angriffe auf Moscheen und Muslime. Das gesellschaftliche Klima verschärft sich. Integration wird so zusätzlich erschwert.

41. Der Blick auf Täterprofile zeigt: Es gibt kein einheitliches Muster. Manche sind sozial isoliert, andere gut integriert. Bildung, Alter oder Herkunft bieten keine klare Vorhersagekraft. Entscheidend ist das subjektive Gefühl von Ohnmacht, Wut oder Ausgrenzung. Ideologien geben diesen Emotionen eine Richtung. Die Forschung muss deshalb auch psychologische Faktoren einbeziehen.

42. Manifestartige Schriften spielen eine zentrale Rolle bei rechtsterroristischen Anschlägen (vgl. Hartleb 2020; Virchow 2023). Sie dienen der Rechtfertigung, Propaganda und Vernetzung. Oft enthalten sie detaillierte Feindbilder und Anleitungen. Ihre Veröffentlichung ist bewusst strategisch. Sicherheitsbehörden analysieren diese Texte als Frühwarnindikatoren. Ihr Einfluss auf Nachahmungstäter ist belegt.

43. Gewaltandrohungen im Internet haben reale Folgen. Politiker, Journalisten und Aktivisten werden gezielt eingeschüchtert. Viele ziehen sich aus der Öffentlichkeit zurück. Das schränkt den demokratischen Diskurs ein. Hass wird zur Waffe gegen die offene Gesellschaft. Die Strafverfolgung muss digital gestärkt werden.

44. Rechtsextreme Bewegungen nutzen gezielt Symbolik und Codes. Sie arbeiten mit Memes, Zahlen und historischen Anspielungen (vgl. Virchow 2023). Das erschwert die Erkennung für Außenstehende. Gleichzeitig entsteht ein Gefühl von Exklusivität. Die Szene wird dadurch attraktiver für Jugendliche. Medienkompetenz ist ein wichtiger Gegenpol.

45. Die Sicherheitsarchitektur vieler Staaten wurde reformiert. Neue Einheiten und zentrale Meldestellen wurden geschaffen. Dennoch bleiben viele Angriffe Einzeltaten. Prävention und Repression müssen ineinandergreifen. Es braucht mehr Austausch zwischen Behörden. Vertrauen in den Rechtsstaat ist entscheidend.

46. Extremismus kann auch im Staatsdienst vorkommen. Fälle von Polizisten oder Soldaten mit radikalen Ansichten beunruhigen. Das gefährdet die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen. Behörden müssen intern sensibler werden. Transparenz und Konsequenz sind gefragt. Das Thema darf nicht tabuisiert werden.

47. Gedenkpolitik spielt eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung mit Terror. Orte wie München, Hanau oder Halle (hier mit Bezug auf Deutschland) sind Mahnmale. Sie zeigen, dass Gewalt nicht vergessen wird. Gedenken stärkt

das gesellschaftliche Bewusstsein. Es darf aber nicht ritualisiert werden. Politische Verantwortung bleibt zentral.

48. Die Rolle der Religion ist ambivalent. Sie kann radikalisieren, aber auch stabilisieren. Religiöse Akteure können wertvolle Partner in der Prävention sein. Dialogformate fördern gegenseitiges Verständnis. Misstrauen und Pauschalverurteilungen schaden der Integration. Der Staat muss hier differenziert handeln.

49. Gesellschaftliche Resilienz ist ein Schlüsselbegriff. Gemeint ist die Fähigkeit, mit Krisen umzugehen, ohne sich zu spalten. Bildung, Teilhabe und Solidarität stärken diese Widerstandskraft. Polarisierung schwächt sie. Extremisten profitieren von Spaltung. Zusammenhalt ist deshalb mehr als ein Ideal – er ist Sicherheitspolitik.

50. Die Medien tragen Verantwortung in der Berichterstattung. Sensationsgier kann Täter glorifizieren (vgl. Hartleb 2024b). Namen, Bilder und Manifeste sollten mit Bedacht veröffentlicht werden. Faktenbasierte, sachliche Information ist essenziell. Medienkompetenz muss auch in der Redaktion vorhanden sein. Der Umgang mit Terror erfordert ethische Standards.

51. Einige Täter weisen psychische Auffälligkeiten auf. Doch nicht jede Tat ist pathologisch erklärbar. Ideologie und persönliche Krisen wirken zusammen. Die Unterscheidung ist oft schwer. Forensische Einschätzungen sind daher komplex. Sie dürfen nicht als Entschuldigung dienen (vgl. Holzer et al. 2022).

52. Wissenschaftliche Extremismusforschung erhält mehr Aufmerksamkeit (vgl. Jesse/Mannewitz 2018). Sie soll Ursachen, Verläufe und Prävention erforschen. Gleichzeitig wird sie manchmal politisch instrumentalisiert. Unabhängigkeit und Methodenvielfalt sind wichtig. Forschung braucht Zugang zu Daten. Der Austausch mit Praxis und Gesellschaft ist zentral.

53. Kulturelle Narrative prägen die Radikalisierung. Geschichten von „Verrat“, „Widerstand“ oder „Wiedergeburt“ motivieren Täter. Diese Mythen sind stark emotionalisiert. Sie erzeugen eine Schwarz-Weiß-Welt. Die Dekonstruktion solcher Narrative ist Teil der Präventionsarbeit. Kunst, Bildung und Kultur können hier ansetzen.

54. Der Einfluss internationaler Konflikte bleibt virulent. Die Lage im Nahen Osten oder in Afghanistan wirkt auf Europa zurück. Migranten mit Kriegserfahrung sind besonders verletzlich. Auch Diaspora-Gemeinschaften sind betroffen. Extremisten nutzen diese Themen für ihre Agenda. Politik muss global denken.

55. Neue Plattformen wie Gaming-Chats, Foren oder verschlüsselte Messenger werden bevorzugt genutzt. Sie sind schwer zu überwachen. Die Sprache ist codiert, die Gruppen geschlossen. Täter bewegen sich oft unauffällig. Auch die Ermittler brauchen technisches Know-how. Klassische Überwachungsmechanismen reichen nicht aus (vgl. Puls 2023).

56. Einige Staaten setzen stärker auf Repression (vgl. Applebaum 2024). Das kann kurzfristig wirken, birgt aber Risiken. Überwachung und Kontrolle allein reichen nicht. Sie können Misstrauen verstärken. Prävention ist langfristig wirksamer. Ein Gleichgewicht ist notwendig.

57. Politische Bildung ist ein unterschätztes Instrument gegen Extremismus. Wer demokratische Prozesse versteht, ist weniger anfällig für Radikalisierung. Schulen müssen mehr Raum für Diskussion geben. Lehrkräfte brauchen Unterstützung. Auch außerhalb der Schule braucht es Angebote. Bildung schützt die Demokratie.

58. Emotionen spielen eine zentrale Rolle in der Radikalisierung. Wut, Angst und das Gefühl von Machtlosigkeit treiben viele an. Extremisten bieten einfache Lösungen. Diese Emotionalisierung wird

gezielt eingesetzt. Aufklärung allein reicht oft nicht. Es braucht auch emotionale Gegenangebote.

59. Terrorismus zielt darauf, Angst zu verbreiten und Gesellschaften zu spalten. Eine resiliente Demokratie muss darauf mit Besonnenheit reagieren. Angst darf nicht zur politischen Leitlinie werden. Sicherheit und Freiheit müssen gemeinsam gedacht werden. Repressive Maßnahmen brauchen demokratische Kontrolle. Nur auf diese Weise bleibt das Vertrauen erhalten.

60. Die Zukunft des Terrorismus ist ungewiss, aber sicher ist: Er bleibt dynamisch. Neue Themen, Technologien und Bewegungen werden entstehen. Der Umgang mit Terror erfordert Anpassungsfähigkeit. Gleichzeitig braucht es klare Werte. Demokratie ist verletzlich, aber wehrhaft. Und das muss sie auch bleiben.

Die Identifikation von 60 Trends liefert nicht nur eine differenzierte Momentaufnahme aktueller Bedrohungslagen, sondern fungiert auch als strategisches Frühwarnsystem für kommende Herausforderungen. Zugleich zeigt sich, dass der Terrorismus keine rein sicherheitstechnische Aufgabe ist, sondern ein Prüfstein für demokratische Resilienz, gesellschaftlichen Zusammenhalt und politische Klugheit. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema verlangt daher nicht nur Wachsamkeit und analytische Tiefe, sondern auch einen reflektierten Umgang mit Freiheit, Vielfalt und Offenheit als zentrale Ressourcen einer wehrhaften Demokratie. Dieser Umstand wirkt sich auf mögliche Szenarien aus:

DREI SZENARIEN

Drei Szenarien zur Entwicklung des Terrorismus in Europa sind denkbar (zur Methode vgl. Clarke 2024). An dieser Stelle überblicksartig als kurzer Zukunftsentwurf dargestellt, um Entwicklungen strategisch greifbar zu machen:

Szenario 1: Fragmentierter Extremismus – Die Ära der Einzeltäter 2030

In einem zunehmend digitalisierten Europa brechen klassische Organisationsstrukturen extremistischer Gruppen weiter auf. An ihre Stelle tritt ein vielschichtiger, individualisierter Terrorismus, getragen von ideologisch flexiblen Einzeltätern. Diese agieren autonom, bewegen sich durch verschlüsselte Online-Subkulturen und kombinieren Rechtsextremismus mit Verschwörungsideologien, Gaming-Elementen und religiösen Motiven. Die Prävention gerät unter Druck, da die Radikalisierung oft unterhalb institutioneller Wahrnehmungsschwellen verläuft. Staatliche Reaktionen verschärfen Überwachung und Plattformregulierung – was wiederum neue Mobilisierungserzählungen erzeugt. Die Sicherheitsarchitektur steht vor einem Paradigmenwechsel: von der Terrorbekämpfung zur Resilienzpflege im Alltag.

Szenario 2: Extremismus im Gewand der Mitte – Die Normalisierung radikaler Narrative

Bis 2035 verschieben sich politische Diskurse in vielen europäischen Gesellschaften weiter nach rechts. Rechtspopulistische Parteien übernehmen Narrative, die vormals als extrem galten, und verlagern den öffentlichen Meinungskorridor. Parallel dazu wächst eine subkulturell vernetzte Szene, die Gewalt als logische Konsequenz politischer „Systemkritik“ legitimiert. Extremismus tarnt sich zunehmend als Bürgerbewegung, nutzt demokratische Instrumente und besetzt Themen wie Sicherheit, Identität oder Meinungsfreiheit. Sicherheitsbehörden stehen vor dem Dilemma, legale Strukturen nicht kriminalisieren zu dürfen, aber gewaltbereite Ränder dennoch zu erkennen. Die Grenze zwischen demokratischer Polarisierung und systemgefährdender Radikalisierung wird gefährlich durchlässig.

Szenario 3: Der technologische Shift – Terrorismus im digitalen Untergrund
Spätestens 2040 hat sich der Terrorismus tief in den digitalen Raum verlagert. Ideologische Propaganda, Anleitungen zum Bau von Waffen, Online-Rekrutierung und koordinierte Angriffe auf kritische Infrastrukturen laufen nahezu vollständig über das Darknet und dezentralisierte Plattformen. Künstliche Intelligenz wird von Extremisten zur Zielauswahl und Textgenerierung eingesetzt. Staatliche Überwachung hinkt technologisch hinterher, während ethische Debatten die Handlungsspielräume einschränken. Cyberterrorismus wird zur bevorzugten Strategie, da er kostengünstig, anonym und global einsetzbar ist. Der Staat muss neue Sicherheitsstrategien entwickeln, ohne dabei zentrale Grundrechte aufzugeben – ein Balanceakt zwischen Freiheit und Schutz.

FAZIT

Die Auseinandersetzung mit Terrorismus in Europa ist weit mehr als eine Frage der Gefahrenabwehr. Sie ist ein Prüfstein für demokratische Resilienz, politische Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Selbstverständigung. Wer Terrorismus analysiert, analysiert nicht nur Täter und Taten, sondern auch die Reaktion von Staat und Gesellschaft – und damit die Qualität demokratischer Kultur selbst. In einer Zeit, in der die Grenzen zwischen Online und Offline, zwischen Meinung und Ideologie, zwischen Protest und Gewalt verschwimmen, wird klar: Die Beschäftigung mit Terrorismus ist keine Nischenfrage der Inneren Sicherheit, sondern ein zentraler Bestandteil europäischer Zukunftssicherung. Daher lassen sich abschließend fünf Vertiefungen diskutieren:

Vertiefung 1: Eine dauerhafte strategische Herausforderung
Terrorismus ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern eine strategische Langzeitaufgabe europäischer Politik. Seine Erscheinungsformen verändern sich, seine Ursachen sind tief in gesellschaftlichen, technologischen und geopolitischen Entwicklungen verwurzelt. Daraus folgt: Terrorismusbekämpfung darf nicht ausschließlich reaktiv gedacht werden, sondern muss vorausschauend, interdisziplinär und langfristig angelegt sein. Forschung, Bildung, Digitalisierung und Demokratieentwicklung sind ebenso Teil der Lösung wie Polizei und Nachrichtendienste. Nur wer das Phänomen in seiner ganzen Vielschichtigkeit begreift, kann wirkungsvolle Gegenstrategien entwickeln.

Vertiefung 2: Zwischen Kontrolle und Vertrauen
Ein zentrales Spannungsfeld bleibt das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Die politische und gesellschaftliche Debatte über Terrorismus dreht sich oft um Kontrollbefugnisse, Überwachung, Gesetzesverschärfungen – und seltener um Vertrauen, Teilhabe und demokratische Kultur. Doch auf lange Sicht kann Terrorismus nicht allein mit Mitteln des Staates bekämpft werden, sondern nur durch eine starke, reflektierte und solidarische Zivilgesellschaft. Der Schutz der Demokratie vor ihren Feinden gelingt am besten, wenn ihre Prinzipien – Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, offene Debatte – auch im Angesicht der Bedrohung bewahrt werden.

Vertiefung 3: Europa als Wertegemeinschaft unter Druck
Terroristische Gewalt richtet sich nicht nur gegen einzelne Staaten, sondern gegen das normative Fundament Europas: Menschenwürde, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit. In diesem Sinne sind Anschläge in Paris, Brüssel oder Wien auch Angriffe auf ein gemeinsames europäisches Werte-

versprechen. Die EU steht daher nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch identitätspolitisch unter Zugzwang. Eine glaubwürdige Terrorismusbekämpfung muss zeigen, dass demokratische Prinzipien im Ernstfall nicht geopfert werden. Europas Stärke liegt nicht allein in seiner Abwehrkraft, sondern in seiner Fähigkeit zur wertebasierten Selbstbehauptung.

Vertiefung 4: Komplexität als Herausforderung und Chance

Die Vielgestaltigkeit des Terrorismus ist eine Herausforderung für Politik, Wissenschaft und Praxis. Zugleich eröffnet sie neue Perspektiven: Sie zwingt zur Zusammenarbeit über Disziplinen, Sektoren und Ländergrenzen hinweg. Terrorismus zwingt uns, Sicherheits-, Sozial- und Bildungspolitik gemeinsam zu denken. Der Umgang mit ihm zeigt, ob demokratische Systeme lernfähig, anpassungsfähig und dialogfähig sind. Komplexität erfordert kein simples Handeln, sondern intelligentes – das ist die eigentliche Aufgabe moderner Sicherheitspolitik.

Vertiefung 5: Die Zukunft beginnt jetzt

Die Art, wie Europa heute mit dem Thema Terrorismus umgeht, wird bestimmen, wie resilient, frei und stabil es in Zukunft sein wird. Prävention, Integration, Aufklärung, aber auch Entschlossenheit im Rechtsvollzug sind keine Gegensätze, sondern Bestandteile eines umfassenden Schutzkonzepts. Wer auf bloße Härte setzt, produziert neue Radikalisierung. Wer zu nachlässig ist, gefährdet Schutzbedürftige. Eine kluge, vorausschauende Terrorismuspolitik ist deshalb keine Reaktion auf Krisen, sondern ein Element langfristiger Demokratiepflege.

Quellenangaben

Applebaum, Anne (2024). Autocracy inc. The dictators who want to run the world, New York.

Baron, Udo (2024). Linksextremismus 2.0. Die Klimaschutzbewegung, Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies, 18 (1), 44–53.

Benz, Wolfgang (2000). Vom Vorurteil zur Gewalt. Politische und soziale Feindbilder in Geschichte und Gegenwart, Freiburg im Breisgau.

Brodnig, Ingrid (2017). Lügen im Netz. Wie Fake News, Populisten und unkontrollierte Technik uns manipulieren, Wien.

Chenoweth, Erica et al. (Eds.) (2019). The Oxford Handbook on Terrorism, Oxford.

Clarke, Colin P. (2024). Scenarios of Transnational Terrorism. Trends and Developments – A Fact-Based Threat Assesment, in: Stockhammer, Nicolas (Ed.), Routledge Handbook of Transnational Terrorism, Routledge, New York, 259–267.

Dietze, Carola/Verhoeven, Claudia (Eds.) (2022). The Oxford Handbook of the History of Terrorism, Oxford.

Ebner, Julia (2019). Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, Berlin.

Europol (2023). „European Union Terrorism Situation and Trend Report 2023“, Online: https://www.europol.europa.eu/cms/sites/default/files/documents/European Union Terrorism Situation and Trend report 2023.pdf (22.05.2025).

Frankenberg, Günter/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2022). Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York.

Gamisch, Marvin/Hartleb, Florian (2023). Rechtsextremismus auf Gamingplattformen. Präventionsansätze?, Kriminalistik, Unabhängige Zeitschrift für die kriminalistische Wissenschaft und Praxis (1), 30–35.

Gustenau, Gustav/Hartleb, Florian (Hg.) (2024). Antisemitismus auf dem Vormarsch. Neue ideologische Dynamiken, Baden-Baden.

Hartleb, Florian (2020). Die Manifeste rechtsterroristischer Einzeltäter. Eine vergleichende Analyse, Kriminalistik, Unabhängige Zeitschrift für die kriminalistische Wissenschaft und Praxis, 72 (5), 313–318.

Hartleb, Florian (2023). Der neue Tätertypus des rechtsgesinnten „lone wolf" und die Unterschätzung der virtuellen Dimension, in: Rüdiger, Thomas-Gabriel/Bayerl, Petra Saskia (Hg.), Handbuch Cyberkriminologie 2. Kriminologie für das digitale Zeitalter, Wiesbaden, 131–164.

Hartleb, Florian et al. (2023). The Interrelation and Dynamics between the „Reichsbürger" and the „Querdenker" in Germany and Austria, Perspectives on Terrorism, 8 (1), 123–143.

Hartleb, Florian (2024a). Radikalisierung im Kontext der neuen Weltunordnung, in: Fachhochschule des bfi Wien (Hg.), Schriftenreihe der Zeitschrift „Wirtschaft und Management", Mai, Sonderausgabe: Festschrift für Michael Thöndl, Wien, 13–17.

Hartleb, Florian (2024b). Terrorismus jeglicher Couleur in Europa. Ein worst case der politischen Krisenkommunikation, Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies (1), 27–43.

Hartleb, Florian (2025). Teenager Terroristen. Wie unsere Kinder radikalisiert werden – und wie wir sie schützen können, Hamburg.

Holzer, Jacob C. et al. (Eds.) (2022). Lone-actor terrorism. An integrated fraemwork, Oxford.

Jesse, Eckhard/Tom Mannewitz (Hg.) (2018). Extremismusforschung, Handbuch für Wissenschaft und Politik, Bonn.

Masala, Carlo (2022). Weltunordnung. Die globalen Krisen und das Versagen des Westens, München.

Neumann, Peter R. (2023). Logik der Angst. Die rechtsextreme Gefahr und ihre Wurzeln, Berlin.

Neumann, Peter R. (2024). Die Rückkehr des Terrors. Wie uns der Dschihadismus herausfordert, Berlin.

Puls, Henrik (2023). Gamifizierung des Terrors?, in: Coester, Marc et al. (Hg.), Rechter Terrorismus: international – digital – analog, Wiesbaden, 273–291.

Rensmann, Lars (2023). Angriff auf die Demokratie: Autoritäre Umsturzversuche vom Hitlerputsch bis zum Sturm auf das US-Kapitol, Einsichten und Perspektiven (3), 4–15.

Schiebel, Christoph (2024). Frankreich, Ungarn und Österreich als Blaupause? Verschwörungstheorien bei deutschen Rechtspopulisten aus vergleichender Perspektive, Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies (1), 55–65.

Schwarz, Karolin (2024). Stochastic Terrorism: Mass Media Escalation against Victim Groups as a Radicalisation Platform for Terrorist Individual Perpetrators, in: Stockhammer, Nicolas (Ed.), Routledge Handbook of Transnational Terrorism, Oxon/New York, 192–196.

Stockhammer, Nicolas (2024). Key Trends in Transnational Terrorism: A Software based Key Factor Foresight Analysis, in: Stockhammer, Nicolas (Ed.), Routledge Handbook of Transnational Terrorism, Oxon/New York, 240–258.

Virchow, Fabian (2023). „Yes, it´s a terrorist attack!" – Manifeste rechten Terrorismus. Feindbestimmung, Inspiration und Handlungsanleitung, in: Coester, Marc et al. (Hg.), Rechter Terrorismus: international-digital-analog, Wiesbaden, 101–155.

Whiting, Andrew et al. (2022). Cyberterrorism: Understandings, Debates, and Representations, in: Dietze, Carola/Verhoeven, Claudia (Eds.), The Oxford Handbook of the History of Terrorism, Oxford, 673–690.